

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 2. November 1932

Nummer 88

„Frontwechsel“ und Widersprüche von Vermont

III.

Schon im ersten Aufsatz zu diesem Thema (Nr. 83 vom 15. Oktober) ist darauf hingewiesen worden, daß nach einem Urteil in der „Zeitschrift“, „von den 720 Teilnehmern an der Pyrmonter Tagung jeder einzelne mit Bedauern auf einen Meinungsaustausch im Anschluß an das Referat des Generaldirektors Dr. Woelck über die sozialpolitische Lage verzichteten müssen! ... Kein kritischer Hörer dieses Referats sei in der Lage gewesen, in der vom Versammlungsleiter zugewiesenen kurzen Überlegungszeit sich eine Ausdrucksposition machen zu können.“ Dieses Bedauern könnte man als berechtigt beurteilen, wenn der betreffende Referent sich in seinem Vortrag über „Die sozialpolitische Lage im Buchdruckgewerbe und die Manteltarife“ nicht nur auf eine Erörterung von Fragen beschränkt hätte, die jedem auch nur halbwegs über soziale und tarifpolitische Zeit- und Streitfragen im eignen Gewerbe orientierten Buchdruckereibesitzer hätten bekannt sein müssen. Wir haben uns aber vergeblich bemüht, in dem in Nr. 64 der „Zeitschrift“ vom 6. September enthaltenen Auszug dieses Vortrags irgendwelche Punkte zu finden, die erst einer außerordentlichen Überlegung bedürftig hätten, um dazu von einschlägigen Gesichtspunkten aus in einer verteilenden oder aufklärenden Aussprache Stellung nehmen zu können. Daß dies in Vermont nicht geschehen ist und das trotzdem schon erwähnte nachträgliche Bedauern über diese Passivität der Zuhörer auslöste, könnte vielleicht dadurch zu erklären sein, daß der Auszug in der „Zeitschrift“ aus taktischen Gründen erhebliche Lücken gegenüber den tatsächlichen Ausführungen des Referenten enthalte hätte. Wie uns aber inzwischen von aufmerksamen Zuhörern dieses Referats des Generaldirektors bestätigt worden ist, handelt es sich auch bei den in Frage kommenden Auslassungen im öffentlichen Bericht keineswegs um Dinge, die im Rahmen der bisherigen Gewerbe- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins als besonders neu oder so verblüffend hätten wirken können, daß sie selbst weniger gleichgültige Teilnehmer an dieser Tagung hätten stutzig machen können. Die von dem „Frontwechsel“-Propheten in Nr. 71 der „Zeitschrift“ bekundete Überraschung und Benommenheit unter dem Eindruck der Erledigung dieses Themas kann demnach nur einer mehr subjektiven Wichtig- und Geheimnistuerei als dem objektiven Ablauf der Sache entspringen. Das ist im Hinblick auf ein seit Jahren immer deutlicher werdendes Zurückdrängen der mehr praktisch als juristisch und kameralistisch denkenden und handelnden Männer im Deutschen Buchdrucker-Verein weiter nicht verwunderlich. Denn seit der Zeit, es sind etwa zehn Jahre her, da im Deutschen Buchdrucker-Verein Führung und Verwaltung in ihren entscheidenden Instanzen mehr „autoritären“ als gemeinsam verantwortlichen Charakter angenommen hat, ist es immer deutlicher geworden, daß die alljährlichen Hauptversammlungen des DDB, mehr dekorative und scheinkonstitutionelle Bedeutung für das Gewerbe erlangt haben.

Nur im Lichte solcher Umstände und Tendenzen wird es auch verständlich, daß der in der „Zeitschrift“ veröffentlichte Auszug aus dem Vortrag des Generaldirektors Dr. Woelck zur Hälfte von Ergebnissen der berufsgenossenschaftlichen Statistik für das Jahr 1931 ausgefüllt war, in drei Fünfteln der andern Hälfte die Jahresberichte unseres Verbandes und anderer Gewerkschaften und nur im letzten Fünftel des Gesamt-vortrags die Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins behandelte. Da die Ergebnisse der jüngsten berufsgenossenschaftlichen Statistik an dieser Stelle

demnach eine besondere eingehende Besichtigung erfahren werden, können wir uns auch hier darauf beschränken, nur auf jene Punkte hinzuweisen, die dem Referenten in Vermont besonderer Hervorhebung wert schienen. Erstaunt war er z. B. darüber, daß sich trotz der ungünstigen gewerblichen Lage die Zahl der Betriebe im Jahr 1931 im deutschen Buchdruckgewerbe nicht vermindert, sondern sogar noch von 10 138 auf 10 190, also um 52 Betriebe vermehrt hat. Als neuer Zugang wurden nicht weniger als 327 Betriebe registriert, denen nur ein Abgang von 275 Betrieben gegenüberstand. Im Vergleich zur Vorkriegszeit war sogar eine Vermehrung von rund 2000 Betrieben zu verzeichnen. Im Jahr 1931 wechselten 719 Betriebe ihre Inhaber. Die Zahl der versicherten Personen ging im Jahr 1931 um rund 20 000 oder 8,7 Proz. zurück; der Rückgang der Lohnsumme betrug dagegen im Jahr 1931 gegenüber dem vorhergehenden Jahr 14 Proz. Die Zahl der beschäftigten Maschinensetzer ging um 400 oder 3,5 Proz. zurück, blieb aber damit immer noch fast doppelt so groß als im Jahr 1913. Handsetzer wurden dagegen im Jahr 1931 rund 7300 oder 17 Proz. weniger beschäftigt als im Jahr 1913; Rotationsdrucker wurden jedoch im Jahr 1931 40 Proz. mehr geätzt als im Jahr 1913, während die Zahl der übrigen Drucker auf jene von 1913 zurückgefallen war. Trotz dieser gewaltigen Verminderung der Zahl der beschäftigten Gehilfen wurden im Jahr 1931 nur 300 Setzerlehrlinge weniger geätzt als im Jahr 1913, und die Zahl der Druckerlehrlinge war im Jahr 1931 nur um 400 geringer als im Jahr 1913. Die Zahl der Schnellpressen wurde im Jahr 1931 noch um 600 vermehrt und war mit rund 23 700 um 5000 oder 25 Proz. höher als vor dem Krieg; die Zahl der Tiegelmaschinen stieg im Jahr 1931 bis auf 70 Proz. über den Stand der Vorkriegszeit, und Rotationsmaschinen waren trotz einer geringen Verminderung ihrer Zahl mit 2200 im Jahr 1931 sogar noch 50 Proz. mehr vorhanden als vor dem Krieg. Die Zahl der Segmaschinen wurde im Jahr 1931 um rund 100 vermehrt, so daß 5400 oder 160 Proz. mehr Segmaschinen vorhanden waren als in den letzten Friedensjahren. Ein Vergleich mit der Vermehrung der Segmaschinen um 160 Proz. und jener der Maschinensetzer nur um etwa 100 Proz. machte dem Herrn Generaldirektor allerhand Kopfschmerzen; es sind ihm anscheinend noch viel zu wenig arbeitslose Maschinensetzer vorhanden. Er bemängelte nämlich, daß die Zahl der arbeitslosen Maschinensetzer verhältnismäßig viel niedriger ist als jene der Handsetzer; womit sich die Qualität der sozialen Gesinnung dieses Herrn wohl am besten beurteilen läßt.

Ein gleichwertiges soziales Verständnis dieses Referenten ging dann im weiteren Verlauf seines Vortrags daraus hervor, daß er nicht ohne Meid feststellte, daß der Mitgliederrückgang unseres Verbandes mit 10,2 Proz. im Vergleich zu jenem in andern Gewerkschaften sehr gering sei. Ferner konstatierte er, ebenfalls nicht ohne Sorge und Bedenken, daß der Verband trotz seiner enormen Unterstützungsleistungen und seiner außergewöhnlichen Zuschüsse aus dem Verbandsvermögen immer noch nicht wehrlos am Boden liegt. Sein größter Kummer ist aber der, daß der Verband im letzten Jahr nicht ohne Erfolg versucht hat, trotz aller fast übermenschlichen Hemmnisse seine Einnahmen und Ausgaben bzw. seine Kassenverhältnisse wieder in Ordnung zu bringen. Denn mit beinahe „greifbarem“ Bedauern sagte er: „Ohne viel Aufhebens zu machen, habe der Verband das durchgeführt, was er uns Unternehmern — jedenfalls nach der Lohnseite hin — gern unmöglich machen möchte; er habe seine Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang

gebracht und einfach die Unterstützungssätze sowohl der Höhe als auch der Zeit nach herabgesetzt.“ Daß das nur zur Hälfte stimmt, daß auch die Verbandsbeiträge vorher schon in relativ noch stärkerem Ausmaß erhöht worden sind, scheint dem Herrn Generaldirektor entgangen zu sein. Daß auch sonst Wahrheit und Logik bei diesem Punkt seines Vortrags nicht übereinstimmen, ist daraus zu entnehmen, daß er organisatorische und betriebliche Fragen verwechselte. In unserm Verband hat nämlich kein Mitglied etwas dagegen, wenn der Deutsche Buchdrucker-Verein seine organisatorischen Finanzen nach Einnahmen und Ausgaben in vernünftiger Weise zum Ausgleich bringt; wenn er aber glaubt, das nur auf dem Weg über eine Entlassung seiner Mitglieder auf dem Gebiet des Lohnfontos fertigbringen zu können, so heißt das, in die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft des Gewerbes greifen und sinngemäß auch die Kaufkraft der Rundschaft jeder privattypischen Produktion schwächen, aber keineswegs, die Mitglieder seiner eignen Organisation zu einer ideell höheren Wertehaltung der Letzteren zu bewegen.

Der gleiche widerspruchsvolle Gedankengang kam seitens des Referenten darin zum Ausdruck, daß er aus dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit nur die Schlussfolgerung zog, die Gehilfen und die Gewerkschaften foltesten Verhältnissen dafür aufzubringen, daß, um in den Betrieben, welche Entlassungen zu vermeiden, der für Lohnzahlungen verfügbare Betrag auf möglichst viele Personen verteilt wird. Daß dieser Gedanke von der Gehilfenschaft bis zu einem gewissen Grad nicht abgelehnt wird, sondern in ihrer schon seit Jahren aufgestellten Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit mit nur teilweisem Lohnausgleich zugunsten der Wiedereinrichtung unserer arbeitslosen Kollegen in den Produktionsprozess in sehr weitgehender Weise enthalten ist, scheint der Herr Generaldirektor ganz vergessen zu haben. Statt ernstlich zu überlegen, wie man auch mit selbstverständlicher Verpflichtung auf Unternehmenseite das vorhandene Glend der Arbeitslosigkeit mildern könnte, drückt ihn nur die Sorge, wie man den noch beschäftigten Gehilfen und Hilfsarbeitern das innerhalb Jahresfrist um rund 20 Proz. herabgedrückte Einkommen noch weiter schmälern könnte! Daß unter solcher Führung eine Entspannung in den Beziehungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft möglich sein sollte, ist völlig ausgeschlossen. Es ist rassistischer Klassenkampf von oben, und dazu noch von Seiten, deren persönliche Verantwortlichkeit dort aufhört, wo die den Produktionsprozess hemmenden Differenzen im praktischen Betriebsleben erst anfangen!

Auch bezüglich der noch vorhandenen überbetrieblichen Entlohnung konnte der Herr Generaldirektor seinen Unmut nicht verbergen. Nach dem Bericht der „Zeitschrift“ soll er dieses Thema aber nur „gestreift“ und dazu bemerkt haben, daß die überbetrieblichen Löhne in unserm Gewerbe in den verschiedensten Orten und in den verschiedensten Betrieben noch immer eine große Rolle spielen! Daß für diese Taktfrage der Herr Generaldirektor am allerwenigsten Verständnis aufbringen kann, ist ja nicht neu; sein Ärger über diese „Zustände“ und das nicht restlose Verständnis für eine nicht genügende Tarnung „organisierter“ Abbaurichtlinien auf diesem Gebiet hat ihn jedenfalls schon öfter als seiner Gesundheit nützlich sein dürfte, zu einer in Knigges Umgang mit Menschen kaum zu findenden Apoptrophierung einer solchen Nichtachtung seiner allerhöchsten Ansichten geführt. Noch schöner war aber sein Urteil über die frühere und jegliche Rechtfertigung im Reichshilfsamt in dieser Frage. Nach dem Bericht der „Zeitschrift“ in Nr. 64 vom 6. September soll er in Vermont darüber folgendes gesagt haben:

„Die unglückliche Rechtfertigung des Reichshilfsamts, daß die Kündigung des Personals zum Zwecke des Abbaues der überbetrieblichen Löhne eine

Bericht über Klassenkämpfe

untaristische Massenkundigung sei, habe ja aufgehört, nachdem ein Wechsel im Vorsitz des Reichsschiedsamts eingetreten sei. Nach der Ansicht des neuen Herrn müßten in der heutigen Zeit nur noch zwei Voraussetzungen vorliegen, wenn die Kündigung als zulässig angesehen werden sollte. Einmal müßte mit der Betriebsvertretung verhandelt worden sein und dabei die notwendige Klärung über die betriebswirtschaftlichen Gründe der beabsichtigten Maßnahme gegeben werden, und zweitens müßte der den Gehilfen zugemutete Lohnabbau der Billigkeit entsprechen.

Zu dieser Glanzleistung tendenziöser Rechtsbeeinflussung des Herrn Generaldirektors des Deutschen Buchdrucker-Vereins und der ihr gleichwertigen Zweiflung objektiver und sachlicher Rechtsentscheidungen des früheren juristischen Vorstehenden in Verbindung mit dem dem neuen Vorstehenden gewidmeten Lorbeerkrantz wäre zu bemerken, daß damit die Rechtsprechung des Reichsschiedsamts, soweit sie nur auf Stichtschreibungen seines jeweiligen juristischen Vorstehenden beruht, auf der Bahn von sogenannten Schmalpurjuristen beurteilt wird, die noch in den Eierhäuten des theoretischen Pandektenstudiums stecken und immer noch nicht gelernt haben, daß Rechtsfragen bezüglich der Bewertung der menschlichen Arbeitskräfte ganz besonderer Überlegung und Vernunft bedürfen, wenn sie in dem Sinne gelöst werden sollen, daß gesunder Menschenverstand sich dagegen nicht von Natur aus empören muß. Wenn die Gehilfenschaft auch nicht mit allen juristischen Entscheidungen der früheren Vorstehenden des Reichsschiedsamts einverstanden sein kann, so ist doch nicht unbekannt geblieben, daß der in Frage kommende Jurist stets nach bestem Ermessen bemüht war, sein Gewissen nicht zu belästigen und daß sogar sein Rücktritt von solchen ehrlichen Überlegungen nicht ganz frei war. Daß nun aber auch der neue juristische Vorstehende des Reichsschiedsamts schon von der öffentlichen Zensur des Herrn Generaldirektors begünstigt und beengt werden soll, verdient wohl besondere Beachtung. Da wir jedoch davon überzeugt sind, daß auch der neue Mann nicht aus dem Holze geschnitten sein dürfte, um sich als gefügiges Werkzeug einseitiger und sozialer Rechtsbegriffe mißbrauchen zu lassen, sei dies nur registriert und der Zukunft das weitere überlassen.

Die weiteren Ausführungen des Herrn Generaldirektors über die letzten Tarifverhandlungen beschränkten sich auf eine taktische Kaschierung des Verhaltens des Deutschen Buchdrucker-Vereins nach Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung. Er konnte nicht widerlegen, daß von Seiten der Unternehmerorganisation auf die staats- oder machtpolitische Hilfeleistung zur Wahrung der Unternehmerinteressen ein viel größerer Wert gelegt wurde, als von Gehilfen Seite. Diese Haltung steht zwar in schroffem Gegensatz zu der sonst auf Unternehmenseite betonten und geforderten Ablehnung staatlicher Einmischung in die Arbeits- und Lohnverhältnisse, man sah aber auf Unternehmenseite die Gefahr, die eine organisatorisch musterghültig geführte Gehilfenschaft bildete, und stellte sie daher vor die Zwangslage, entweder in freier Vereinbarung noch eine Milderung des Schiedspruchs zu erzielen oder sich eine solche unter besonders schwierigen Umständen im offenen Kampf zu sichern. Daß sich der Herr Generaldirektor auf der Pyramonten Tagung verpflichtet fühlte, diese Taktik des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu verteidigen, zeigt, daß die Idee einer von Staatshilfe oder -fesseln „freien Wirtschaft“ für den Deutschen Buchdrucker-Verein doch ihre Haken hat, und daß man mehr als jede andere Unternehmerorganisation nicht nur die Z u r i s t e n, sondern auch die P o l i t i k braucht, um berechtigete Forderungen der Arbeiterschaft abzuwehren zu können. Um so verständlicher erscheinen daher folgende Schlussworte des Herrn Generaldirektors:

„Zweck meiner Ausführungen war es, zu einer lebhaften Aussprache anzuregen, damit wir auch Ihre Ansichten kennenlernen und hiernach unser Handeln einrichten können. In dem letzten Jahr ist von Gewerkschaftseite so viel von der Unerschlichkeit des Unternehmers gesprochen worden, von seinem mehr oder weniger absichtlichen Verleugern der tatsächlichen Verhältnisse. Ich glaube, daß wir keine Veranlassung haben, nicht Wahrhaftigkeit gegenüber den Tatsachen zu üben. Wir müssen nur entsprechend den uns erkannten Wahrheiten den Mut zum Handeln aufbringen. Dann werden wir, in Treue zu unserem Verein stehend, auch unser Schicksal meistern.“

Der Zweck dieser vorstehend beleuchteten Ausführungen, zu einer lebhaften Aussprache anzuregen, wurde jedoch nicht erreicht. Es meldete sich kein einziger der 720 Teilnehmer an der Pyramonten Tagung zu diesem wichtigen Thema zum Wort. Wahrscheinlich werden sich aber nach dieser kritischen Willenslose einige Stimmen melden. Wir möchten diesen Herren aber raten, sich noch etliche Zeit zu gedulden, ehe sie sich in die Kesseln setzen. Denn es folgen noch interessantere und nicht minder zeitgemäße Randbemerkungen zu dem „Frontwechsel“ und den Widersprüchen von Pyramont.

Es ginge gegen alle Erwartungen, wenn die Weltwirtschaftskrise nicht auch eine Verschärfung und Diversifizierung der Klassengegensätze mit sich gebracht hätte. Diese Feststellung ist manchen, die den Klassenkampf nur führen, ihn jedoch verschweigen, unbehagen. Gelegentlich auch beschimpfen sie jene, die keinen Grund haben, die Tatsache des verschärften Klassenkampfes nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die Klassenkämpfe werden jedoch, auch wenn man von ihnen nicht redet, nichtsdestoweniger vorhanden sein. In einer klassengespaltenen Gesellschaft können die Interessengegensätze nicht verschwinden. In der Wirtschaftskrise, in der das Sozialprodukt zusammenschrumpft, muß der Kampf um den Anteil an dem Sozialprodukt notwendigerweise an Heftigkeit zunehmen.

Allerdings können in der Wirtschaftskrise Lohnkämpfe großen Ausmaßes nur dort geführt werden, wo die Arbeitslosigkeit keinen sehr großen Umfang annahm, oder dort, wo die Organisationen der Arbeiter so stark sind, daß sie den Lohnkampf auch unter sehr ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen riskieren können. Daher wurden größere Lohnkämpfe während der Krise allein in England, in Belgien und den skandinavischen Ländern (neuerdings auch in Deutschland) geführt. Da in Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur die Lohnkämpfe gewöhnlich zahlreicher sind, so könnte man denken, der Klassenkampf für den Lohn sei eher eine Eigentümlichkeit der Aufschwungsperiode. Desgleichen hat der Klassenkampf um die Sozialpolitik in der Krise eine andre Gestalt wie in der Hochkonjunktur. Wird er in Zeiten guter Konjunktur um den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen geführt, so ist in der Krisenzeit der Klassenkampf an der sozialpolitischen Front auf die Abwehr der Verschlechterung oder die Wiederergewinnung verloren gegangener Ergebnisse der Sozialpolitik gerichtet. Die Anregung der deutschen Sozialdemokratie zur Einleitung eines Volksentscheides gegen die Notverordnung, die die Sozialpolitik stark verschlechterte, der Kampf der englischen Gewerkschaften gegen die Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung usw. sind durch diesen Abwehrcharakter gekennzeichnet. Man könnte daher sich die Krisenzeit auf den ersten Blick eher von einer Abwärtsbewegung als von einem Vorstoß auf der Lohn- und sozialpolitischen Klassenfront denken. Indessen wäre eine solche Betrachtungsweise nicht richtig, auch dann nicht, wenn man davon absteht, daß der Klassenkampf von oben, der von den Unternehmern gegen die Arbeiterschaft geführt wird, gerade in der Krisenzeit sehr verschärft wurde. Der Klassenkampf ist auch ein physischlogischer Tatbestand, der sich im seelischen Verhalten jener Schichten, die ihn führen, auswirkt. Kann die Arbeiterschaft ihren Lohn- und sozialpolitischen Kampf in der Krisenzeit mit größerer Aussicht auf Erfolg führen, wie in Zeiten der Konjunktur, so steht darüber um so mehr ihre Erörterung, die „Energien“ die im „sozialen“ und „sozialpolitischen Kampf zur Ohnmacht verurteilt sind, finden sich in revolutionäre Energien um und warten auf die Gelegenheit, um sich zu entladen. Daß bei solchen Entladungen die Opfer größer sind als der Erfolg, ist die tiefe Tragik der Spaltungen, die nicht nur die Klassen voneinander trennen, sondern auch innerhalb der Klassen selbst bestehen.

Verschärft wird in der Krise auch jene Form des Klassenkampfes, der an der Front der Staatsfinanzen geführt wird. Im modernen Staat wird ein stets größerer und stets steigender Teil des Volkseinkommens vom Staat in Anspruch genommen, der ihn in die Bevölkerung wieder zurückleitet. Auf welche Weise die Staatseinnahmen aufgebracht und verwendet werden, ist daher ein Gegenstand des Klassenkampfes, der an Bedeutung um so mehr gewinnt, je größer das Opfer ist, das der Steuerzahler zu tragen hat und je größer die Ansprüche sind, die von den verschobenen Schichten an den Staat gestellt werden. Ob die Hauptlast der Steuerabgaben den Reichen oder den Armen aufgebürdet werden soll, ob die Staatseinnahmen für Subventionen an Unternehmungen und für Küstungszwecke oder aber für soziale Aufgaben verwendet werden, ob die Beamtenbezüge gekürzt werden sollen, um den dadurch gewonnenen Spielraum für andre Zwecke zu verwenden — diese Fragen sind Gegenstand scharfen Klassenkampfes in einer Anzahl von Ländern. Augenblicklich herrschen sie den politischen Kampf in Frankreich vollkommen. Kaum einmal tobte in diesem Land der Kampf auf dieser Klassenfront so heftig wie heute.

Die Interessengegensätze lassen die Klassenkampfzonen nicht nur zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft, sondern auch unter den verschiedenen Interessengruppen des Unternehmertums selbst stärker sichtbar werden. Da kämpfen die landwirtschaftlichen Interessen gegen die industriellen. Die Landwirtschaft möchte ihre Sonderkrise mit Hilfe von Agrarzöllen, Kontingenten und Subventionen auf Kosten anderer Volksschichten beheben. Sie kümmert sich nicht im geringsten darum, wie diese Maßnahmen die gesamte Volkswirtschaft und vor allem den industriellen Arbeitsmarkt beeinflussen werden. Sie kümmert sich nicht darum, daß die Ausfuhr eines Landes, das sich vor der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte versperrt, notwendigerweise zusammenschrumpfen muß und daß damit die Arbeitslosigkeit weiter erhöht wird. Innerhalb der Landwirtschaft bestehen starke Interessengegensätze zwischen der getreideproduzierenden Großlandwirtschaft und den bäuerlichen Produzenten von Vercelungsprodukten. Diese Interessengegensätze werden allerdings häufig verdeckelt, sofern es den Vertretern der Großlandwirtschaft, die schlauer und gerissener sind als die Bauern, die eine aus ihrer Mitte hervorgegangene Vertretung

überhaupt selten haben, gelingt, diese Interessen künstlich zu verkleinern, den Bauern einzureden, sie hätten die gleichen Interessen wie der Großgrundbesitz. — Auch unter den Industrieunternehmern verschärfen sich die Gegensätze. Die Industriezweige, in denen noch freie Konkurrenz herrscht, leiden in der Krise stärker unter der Monopolwirtschaft als in normalen Zeiten, in welchen sie die monopolistisch überbehaltenen Preise ihrer Produkte auf ihre Abnehmer eher zu überwälzen vermögen. Die Industriezweige, die hauptsächlich für den inländischen Absatz arbeiten, fordern verstärkten Zollschutz gegen die Auslandskonkurrenz, während die Exportindustrien von den Zollserhöhungen mit Recht die Verschlechterung der Exportaussichten erwarten.

Eine neue Klassenfront hat sich in der Wirtschaftskrise zwischen Gläubigern und Schuldnern herausgebildet. In der Wirtschaftskrise sind die Warenpreise gewaltig gesunken, während der Preis für den Kredit, der Zins, bei langfristigen Schuldverträgen überall, in manden Ländern, wie in Deutschland, auch bei kurzfristigen Schulden auf der alten Höhe geblieben ist. Neben der starken Preissteigerung gehen in der Krise auch die abgefehten Warenmengen gewaltig zurück, so daß die Schuldner ihre Schuldenlast von einem stark zusammengeschrumpften Einkommen abzutragen haben. Je größer der Produktions- und Preisrückgang auf der einen, die Verschuldung auf der andern Seite, um so schwerer wird die Schuldenlast. Während früher der Schuldner unter solchen Verhältnissen einfach zahlungsunfähig wurde, erzwingt jetzt die organisierte politische Macht der Schuldnergruppen die Ermäßigung der Schuldenlast in der einen oder andern Form — Schuldennachlaß, Zinsabwertung, Zinszuschüsse, Vollstreckungshinzw. — mit Hilfe der Staatsmacht. Eine neue Form des Klassenkampfes zwischen Gläubigern und Schuldnern, der von der Landwirtschaft, die aus den erwähnten Gründen unter der Schuldenlast am stärksten leidet, und von den Hausbesitzern geführt wird.

Diese Form des Klassenkampfes greift auch auf die Währungsfront über. Die Geldentwertung mit Hilfe einer inflationistischen Politik ist das beste Mittel dafür, die Last der Schulden zu erleichtern, ja sie überhaupt los zu werden. Diese Absichten sind um so gefährlicher, da die Inflationisten für den Fall, daß ihre Pläne verwirklicht werden, auch die Verteilung des Arbeitsmarktes in Aussicht stellen. Auf diese Weise vermögen sie aus breite an ihrem Schicksal verzweifelte Arbeitslosenmassen für ihre Zwecke einzupannern, unbefürchtet darum, daß die mit Hilfe einer Inflation hervorgezauberte vorübergehende Steigerung der Beschäftigung, falls die Sache schief geht, mit dem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft bezahlt werden muß.

Wer angesichts dieser Klassenkämpfe, die heute auf den verschiedensten Fronten in verschärfter Form auftreten, noch davon redet, daß es gegenwärtig überhaupt keine Klassenkämpfe gäbe, was, hoch diese nicht, in den Tatsachen selbst gegeben wären, sondern nur künstlich aufgebauht seien, den müssen wir, um ein Wort eines volkswirtschaftlichen Schriftstellers anzuwenden, zwar nicht um seine Intelligenz, jedoch um seinen Optimismus beneiden. Wwl.

Europa erstickt hinter Zollmauern!

Nachdem im Jahr 1929 der bisher größte Umfang des Welthandels erreicht worden war, gingen die Einfuhr- und Ausfuhrziffern von Monat zu Monat dauernd zurück. Je mehr sich die Krise verschärfte, desto schneller wurde das Tempo dieses Schrumpfungprozesses, der unzählige weltwirtschaftliche Bindungen hoffnungslos zerriß. An die Stelle friedlicher Handelsbeziehungen der Völker trat ein erbitterter und verblühender Handelskrieg, dessen vielseitige Waffen der Protektionismus lieferte. Zur militärischen „Abrüstung auf dem toten Punkt“ gestellte sich die handelspolitische Aufrüstung; das von Zollmauern sinnlos zerfurchte Europa wurde zum Hauptkern dieses Völkerverwahnsinns, der nicht minder schwere Opfer forderte und Leiden brachte als der Weltkrieg. Die Reklamarmee der Erwerbslosen Europas, die noch immer wächst, scheint aber die Regierungen und Machthaber nicht zu hören — wie groß soll dieser unheimliche „Zug von Millionen“ noch werden, um das Gewissen der Welt wachzurufen? Wann kommt insbesondere Europa zu der Erkenntnis, daß es sich bald aus der tödlichen Blockade des Protektionismus lösen muß, wenn es nicht hinter seinen Zollmauern erstickt und verenden will?

Die nüchternen Zahlen der Wirtschaftsstatistik kennzeichnen unerträglich das Krisenbild Europa und den Lebensweg der Arbeitslosen. Die Außenhandelsumfänge der 48 wichtigsten Länder, die sieben Achtel des gesamten Welthandels umfassen, waren im ersten Halbjahr 1932 auf den Rekordtiefstand von 51 Milliarden Mark gesunken, nachdem sie 1929 126 Milliarden Mark betragen hatten. Die Umsätze der 25 europäischen Länder, die hier statistisch mit erfasst sind, betragen nur noch 32 Milliarden gegenüber 69 Milliarden Mark, und zwar gingen vom ersten Halbjahr 1929 bis zum ersten Halbjahr 1932 die europäischen Importe von 40 auf 18 Milliarden und die europäischen Exporte von 31 auf 14 Milliarden Mark zurück! Die starken Preisstößen auf dem Weltmarkt innerhalb der Bergleisperiode dürfen bei der Beurteilung dieser Zahlen selbstverständlich keinen Augenblick außer acht gelassen werden, trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß der Handelskrieg ungeheuer tiefe Wunden geschlagen hat, zu deren Heilung es Jahre brauchen wird. Noch freilich denkt niemand an Umkehr, ja es hat den Anschein, als ob der Protektionismus noch nicht seinen Höhepunkt, das Leiden der Menschheit also auch noch nicht sein Höchstmäß erreicht hat!

Wie besonders stark zumal Europa von der Krise schon jetzt betroffen ist, wird deutlich erkennbar, wenn man die absoluten Zahlen nach Prozentziffern erfest. Vergleichen mit dem ersten Halbjahr 1931 betragen die Einfuhrrückgänge im ersten Halbjahr 1932 in Lettland 60 Proz., in Ungarn 58 Proz. und in Jugoslawien 49 Proz. Sie betragen 40 und mehr Prozent außerdem noch in Norwegen, Schweden, Finnland, Litauen, Polen und Österreich. Zwischen 30 und 40 Proz. gedrohte Einfuhr verzeichneten Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien-Luxemburg, Holland, Dänemark, Estland, Rumänien und Italien. Ausnahmen von dieser Schrumpfungsbewegung machten nur zwei unbedeutende europäische Länder, nämlich Portugal mit 18 Proz. und die Schweiz mit 19 Proz. Rückgang.

Sicherlich ist der Bedarf im Lauf der langen Krise gekunken, und die Ausschöpfung der Massenkaufkraft durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau hat das ihre dazu beigetragen, diese Ergebnisse herbeizuführen. Es kann aber gleichzeitig keinem Zweifel unterliegen, daß die Autarkiebestrebungen hier bereits deutliche und verhängnisvolle Spuren hinterlassen haben. Der wirtschaftliche Imperialismus hinter engen Zollmauern, diese den breiten Massen aufzuzwingende schlechtere Lebenshaltung und Ernährung für angeblich patriotische Ziele, zeigt denn auch schwerste Rückwirkungen, die die Exportziffern aufdecken. Die stärksten Ausfuhrhindernisse — innerhalb derselben Vergleichsperiode — verzeichneten Ungarn mit 56 Proz. und Österreich mit 51 Proz. Einen Ausfuhrrückgang von 40 und mehr Prozent hatten außerdem noch die Schweiz, Bulgarien, Polen, Jugoslawien, Estland und die Tschechoslowakei. Zwischen 30 und 40 Proz. betragen die Exportverluste in Deutschland, Großbritannien, Irland, Frankreich, Belgien-Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Finnland, Lettland, Griechenland und Italien. Am günstigsten schnitt Norwegen ab mit „nur“ 18 Proz. und Sowjetrußland mit 24 Proz. Exportrückgang. Auch hier wirken sich die Preisrückgänge selbstverständlich mit aus, derartig tiefenfalls Außenhandelsverluste sind aber nicht nur Preisrückfolgen und Krisenausfassen, sondern das vernichtende Ergebnis des protektionistischen Handelskrieges, der — wie deutlich erkennbar — keinem einzigen Lande hilft, jenseits alle Länder, wenn auch mit erstaunlichen Unterchieden, nur immer tiefer in Bedrängnis geraten läßt.

Das deutsche Statistische Reichsamt hat festgestellt, daß der jetzige Umfang des Welthandels wertmäßig nur noch etwa zwei Fünftel des im Jahr 1929 erreichten Rekordstandes beträgt und bereits um rund ein Drittel unter dem Vorkriegsstand von 1913 liegt. Mengenmäßig ist der Welthandel 15 Proz. geringer als vor Jahresfrist und etwa 10 Proz. unter Vorkriegsstand, wobei hinzugefügt wird, daß die europäischen Länder im letzten halben Jahr von der Schrumpfung des „Außenhandels stärker“ betroffen worden sind als die „außeneuropäischen Länder“. Dabei ist zu bedenken, daß Europa der Hauptteil der Vorkriegsproduktion ist, für die jeder Exportverlust gleichbedeutend mit steigender Arbeitslosigkeit ist.

Kommissionen tagen, Experten werden mobilisiert, der Witterungs prüft und studiert immer weiter, eine Weltwirtschaftskonferenz wird demnächst tagen, von der man nur eins bisher mit Sicherheit weiß: daß sie die Krise nicht beseitigen wird! Dort wird man dem Protektionismus — wie immer: rein theoretisch — zu Leibe rücken. Inzwischen isoliert sich Deutschland handelspolitisch so gründlich, wie es sich politisch isoliert hat und brüskiert seine Handelspartner; Belgien greift zu Kontingenten als Abwehr, Holland plant Zollerhöhungen um 30 Proz., Boykott tritt an Stelle des Güterausstauschs, die europäischen Nachbarstaaten erwägen den Plan einer handels-

politischen Einheitsfront gegen Deutschland. Hinzu kommt, daß Großbritannien und die Empire-Dominions sich von der übrigen Welt abriegeln, daß Amerika von vornherein jeden Zollabbau ablehnt. Und die Welthandelsziffern werden weiter sinken, die Arbeitslosenziffern weiter steigen! Europa aber darf nicht länger warten auf die theoretischen Lösungen, die die Weltwirtschaftskonferenz allenfalls bringen wird, Europa muß sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, weil es sein Schicksal nur selbst gestalten kann. Die planmäßig organisierte Wirtschaftseinheit Europa allein wird sich aus der Umklammerung freimachen können, in die es unter der Wucht der Krise durch die großen Wirtschaftsimperien geraten wird. Da Europa weitaus am stärksten unter der Arbeitslosigkeit leidet, ist es auch eine spezifisch europäische Aufgabe, dieses Problem zu lösen. Wird sich der europäische Staatsmann finden, der die Wertigkeitsdenkweise in den Mittelpunkt der Weltwirtschaftskonferenz stellt? Die Arbeitslosigkeit zu weichern, ist Europas dringlichste und vornehmste Aufgabe!

Korrespondenzen

Dresden. Die Firma **Alfstein AG.**, in der weit mehr als 1000 Verbandskollegen beschäftigt sind, feierte in einer Jubilärfest am 27. Oktober von neuem ein nachahmenswertes Beispiel dafür, daß der Grundsatz „Leben und leben lassen“ in dem Riefenbetrieb volle Geltung hat, und zwar zum Besten beider Teile. Jahr für Jahr werden in einem Festakt die Arbeitsveteranen des Betriebes geehrt, die 25 Jahre und länger ihre Arbeitskraft in den Dienst des Unternehmens gestellt haben. In diesem Jahr waren es wiederum 22 Jubilare aus dem technischen Betrieb, die auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Firma zurückblicken konnten. In einem der vielen großen Arbeitsfeste des Alfsteinhauses in der Roststraße, der in einen Blumen- und Pflanzenhain verwandelt worden war, ging die Feier vor sich; harmonisch eingeleitet durch eine statische Sängerkor der im Betrieb tätigen Mitglieder der Berliner „Typographie“ mit der Hymne von Meißel, „Licht uns wie Brüder treu zusammenstehn“. Darauf beglückwünschte Herr **Kudolf Alfstein** im Auftrag des Aufsichtsrats und des Vorstandes des Alfstein AG, die Jubilare in einer Rede, die von persönlicher Verbundenheit mit ihnen als Betriebsangehörigen Zeugnis ablegte. Jedem der 22 Jubilare überreichte Herr Alfstein eine Briefstafel mit sehr ansehnlichem Inhalt. Hierauf überbrachte Herr **Georg** **Rehder** **Koboltsch** die Glückwünsche der verchiedenen Redaktionen des Hauses und Betriebsratsvorsitzender **Fr. A. K.** die des technischen Personals. Unser Kollege **Schulter** dankte namens seiner Mitjubilare für die ihnen zuteil gewordenen Ehrungen. Mit dem Lied „Heil Gutenberg“ schloß die eindrucksvolle Feier, an der zahlreiche Angehörige der Jubilare sowie Kollegen aus sämtlichen Betriebsabteilungen teilgenommen hatten.

Danzig. Das scheinbarige Bestehen unserer Handbrevetierung am 9. Oktober gab uns Gelegenheit, einen Referenten als „den König“ zu bezeichnen. Kollege **Fiedler** (Berlin) weichte in ansehnlicher Weise in zwei Versammlungen zu referieren. Am Sonnabend fand eine allgemeine Gaumitgliederversammlung statt, in der das Thema „Die gewerkschaftliche politische Lage in Deutschland“ behandelt wurde. Durch den Papenangriff auf die bestehenden Tarife der Gewerkschaften sind neue Momente entstanden, die eine geschlossene, zur Abwehr ihrer Arbeiterschaft notwendig machen. Zum Teil hat der Kampf bereits eingesetzt, denn Abwehrkreise in Fabriken und Buchdruckerzeilen zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, ihr Erträgliches preiszugeben. Die Offensive der Unternehmer muß abgewehrt werden, denn Verelendung und Verkümmung wäre das Ende eines verlorenen Kampfes. Reichher Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. — Der Sonntagmorgenmittag versammelte die Mitglieder der Handbrevetierung und die fernstehenden Handbrevetierkollegen, in dem mit Buchdrucker- und Freiheits-

fahren geschmückten Saal der Germania-Brotfabrik, zu einer **Festversammlung**. Vorsitzender **Gehrman** und hieß den Kollegen **Fiedler**, den Gausvorstand und die Vertreter der einzelnen Sparten willkommen und dankte für das Ergehen sämtlicher Kollegen. Für den Gau sprach Kollege **Töpfer** und wünschte der Brevetierung weiches Gedeihen zum Wohl der Kollegen und des Verbandes. Im Namen der Spartenvertreter sprachen die Kollegen **Sperrling** und **Kolbe**, die auch weiterhin gutes Zusammenarbeiten mit unserer Brevetierung für notwendig hielten. Kollege **Gehrman** gab einen Rückblick seit Gründung der Brevetierung bis zum heutigen Tag. Er dankte dem Gründer, Kollegen **Rapenstoh**, und den gewesenen und noch heute tätigen Vorstandskollegen für die geleistete Arbeit und riefste an sämtliche Kollegen die Bitte, auch fernertreuer treu zur Sparte zu stehen. Hierauf hielt Kollege **Fiedler** ein anderthalbstündiges Referat und fand damit eine aufmerksame Zuhörerzeit. Die technische Entwicklung habe auch die Handbrevetierung von Sparten gezwungen, die durch mehr als 30jährige Spartenarbeit der andern Berufsgruppen in unserm Gewerbe ins Hinterreffen geraten sind. In den zehn Jahren sei trotzdem genügend geleistet. 15 000 Kollegen haben den Weg des engeren Zusammenenschlusses gefunden und sind bereit, für eine bessere Wirksamkeit unserer Berufsarbeit einzutreten. Das Zusammenarbeiten der Sparten mit der Gesamtorganisation ließe eine zwingende Notwendigkeit. Die Kleinarbeit leisten die Sparten und der Verband kann sich mit rein organisatorischen Maßnahmen beschäftigen. Sachlich und bildend wollen wir wirken und die Gestaltung der Lohnpolitik dem Verband überlassen. Notwendig sei, daß sämtliche Handbrevetierung den Weg eines Zusammenenschlusses finden und somit bekunden, daß trotz Wirtschaftskrise und Technik das Fundament des Verbandes noch groß und stark ist. Eine Diskussion war der vorgeschrittenen Zeit halber nicht mehr möglich und der Vorsitzende schloß mit dem Dank an den Referenten und mit einem Gruß auf Brevetierung und Verband die Versammlung. Im Anschluß fand ein gemühtliches Beisammeln statt. Kollege **Fiedler** brachte herbei der drücktesten Brevetierung Danzig die Glückwünsche der Zentralkommission zum Ausdruck und sprach auch den Kollegenfrauen als die Kampfgewährten ihrer Männer Dank aus. Bekanntheit der Buchdruckerangehörigen umrahmten die Feier und trugen mit dazu bei, den Abend zu verschönern. Den Sangeskollegen und ihrem Dirigenten sei an dieser Stelle nochmals gedankt, desgleichen der Königsberger Handbrevetierung für ihr Glückwunschetegramm.

Frankfurt a. d. O. Unsere diesjährige einzige **Bejamsversammlung** fand am 2. Oktober im hiesigen „Gewerkschaftshaus“ statt. Sie war von etwa 200 Kollegen besucht. Durch zwei zum Vortrag gebrachte Kampflieder der „Typographie“ wurde die Versammlung eingeleitet. Als Gäste waren anwesend die Kollegen **Reine** (Stettin), **Grimm** (Kottbus), **Rambow** (Neudamm), **Neßler** vom Ortsauschuß des **ADGB**, **Möbus** als Vertreter der graphischen Hilfsarbeiter. Vorsitzender **Waschek** begrüßte die Kollegen und ehrte das Ableben eines Kollegen. Nach Begrüßungswörtern der Kollegen **Neßler** und **Möbus** nahm **Gausvorsteher Reine** in **e.** das Wort zu seinem Referat „Gewerkschaften und Krise“. Er führte u. a. aus, daß gerade in der heutigen Zeit der Notverordnungen und Kämpfe aller gegen alle die Arbeiterschaft geschlossen stehen müsse, denn ihr gehe es besonders an den Krügen. Der Arbeiter begreife aber leider zum großen Teil immer noch nicht den Wert seiner eignen Person. Mit dem Sinnzettel sei heute doch alles zu erreichen oder zu verlieren. Unser freien Gewerkschaften sind immer noch ein festes Bollwerk gegen allen Anfeuern. Die Unternehmer haben bewußt ein Arbeitslosenherr herausgeschmoren, das ihrem Wert günstig sei. Wäre die Wertigkeitsdenkweise zeitgemäß, als sie von den Gewerkschaften schon gefordert wurde, eingeführt worden, wäre viel Elend erspart geblieben. Er streifte dann die geradezu frivolen Anträge unserer Unternehmer zu den Tarifverhandlungen. Alsdann schloß die Unterstützungszeitung unseres Verbandes. Es hätte keinen Zweck, sich der Flut des bewußten Silberkretzes zur Belegung der Weltwirtschaft hinzugeben. Nur dem Unternehmer

Sittler in amerikanischer Beleuchtung

Aus dem Organ der Deutsch-Amerikanischen Typographie (Buchdrucker-Zeitung“ Nr. 4, Oktober 1932).

In Amerika, wo alles rationalisiert ist, ist auch das Schlachten der Tiere für den Fleischbedarf zu einer Tätigkeit auf dem laufenden Band geworden. Durch planmäßig angeordnete Schranken hindurchgetrieben, bleibt dem Schlachtvieh kein anderer Ausweg als der, seinem Metzger direkt ins Messer zu laufen. Die vom Gesichtspunkt der Rationalisierung so raffiniert ausgearbeitete Schlachtung der Tiere drohte aber ins Stöcken zu geraten dadurch, daß die Tiere unmittelbar vor der Schlachthalle haltmachen, statt, wie es der Rationalisierungsgedanke erfordert, bedenkenlos ins Messer zu laufen. Der Versuch von Blut und Fleisch, der aus der Schlachthalle drang, machte die Tiere unruhig, sie blieben stehen oder drängten zurück und dadurch drohte die Gefahr, daß das Schlachten am laufenden Band daran scheitert. Doch die schlauen und geschäftstüchtigen Amerikaner wußten sich zu helfen. Sie gingen her und richteten von jeder Tiergattung ein Exemplar dazu ab, die andern ins Verderben zu führen. Gestützt auf die Erkenntnis, daß eine Herde bedenkenlos dem Leitwammeln nachläuft, stellten sie an die Spitze der für die Schlachthalle bestimmten Tiere einen solchen, von ihnen dazu abgerichteten Leitwammeln. Dieser lief nun, als ob es statt in die Schlachthalle auf einen schönen Weideplatz ginge, mitten durch die Schlachthalle und die andern liefen hinter ihm bedenkenlos nach. Der Leitwammeln selbst kam auf der andern Seite der Halle wieder wohlbehalten ins Leben zurück, aber die andern, die ihm vertrauensvoll folgten, besaßen dieses Vertrauen mit dem Tod. Der Leitwammeln, aus Dankbarkeit dafür, daß man ihn vor dem Schicksal seiner Brüder verschont, führt immer neue Scharen dem Metzger ins Messer. Der natürliche Instinkt der Tiere, der

ihnen die Gefahr der Schlachthalle ahnen ließ, wurde überlistet. Der Leitwammeln, der zu diesem Zweck nicht immer ein Hammel sein muß, bildet zu dieser List das notwendige Werkzeug.

Die herrschende Klasse merkt mit zunehmender Deutlichkeit, daß die arbeitende Klasse freiwillig nicht mehr lange das Joch der kapitalistischen Wirtschaft geduldig ertragen wird. Immer mehr und mehr kommt die große Schicht des arbeitenden Volkes zu der Erkenntnis, daß der Kapitalismus nichts anderes ist als eine große Schlachthalle, in der ihr Recht auf Lebensglück und Daseinsfreude hingerodet wird.

Diese Erkenntnis macht aber die Arbeiter für sich, widerpenflich, sie setzen sich dagegen auf, für den Kapitalismus ihr Recht auf Lebensfreude zu opfern. Dadurch droht der herrschenden Klasse die Gefahr, daß der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr in Erfüllung geht, alle darauf aufgebauten Rechte und Vorteile der herrschenden Klasse hinfällig werden.

Wogu hat man das ganze heutige Wirtschaftssystem so raffiniert ausgebaut, was dem Profit nützt so rationell durchdacht, wenn letzten Endes dann alles an der Unerspenflichkeit der Arbeiter zu scheitern droht?

Doch die schlauen Kapitalisten wissen sich zu helfen. Sie nahmen aus der großen Masse des unzufriedenen Volkes den größten und durch seine persönlichen Eigenschaften für ihre Absichten am geeignetsten erscheinenden Schreißhals heraus und richteten ihn dazu ab, seine widerpenflichen Brüder und Schwestern dem Kapitalismus wieder in die Arme zu führen. Sie wissen aber sehr gut, daß es dem von ihnen abgerichteten politischen Leitwammeln nie gelingen wird, die große Masse der unzufriedenen dem Kapitalismus wieder zuzuführen, wenn er den Kapitalismus preisen wird. Kein Schlachttier würde dem Leitwammeln in die Schlachthalle folgen, wenn er ihm von ihrer schönen und zweckmäßigen Einrichtung erzählen würde. Jedes Kind,

jedes Schwein, jedes Schaf würde sich denken, was habe ich davon, wenn ich darin umgebracht werde.

Auch die große Masse des arbeitenden Volkes würde jedem Lobredner auf den Kapitalismus antworten, was haben wir von all dem Fortschritt, von der Kultur, von dem Reichtum der andern, wenn wir dabei in Not und Elend dahinleben, so freudlos wie in die Welt gesetzt, wieder von ihr gehen müssen. Nein, mit einer Hymne für die kapitalistische Wirtschaft kann man nicht einmal politische Analphabeten dafür gewinnen. Diese politische Antipathie gegen den Kapitalismus muß man also, um als Kapitalist doch seinen Zweck zu erreichen, durch eine List hintergehen, indem man hergeht und dem abgerichteten politischen Leitwammeln einen politischen Instinkt gibt, der den antikapitalistischen Instinkt der unzufriedenen Masse täuscht. Wenn es schon ohne den Gegenpol des Kapitalismus, also ohne den Sozialismus, nicht mehr möglich ist, Massen zu gewinnen, dann Nationalsozialismus. Das ist zwar eine politische Mißgeburt, aber die Masse der politischen Kinder merkt das nicht, in ihrer politischen Wundersucht glauben sie doch, es sei ein Mittel gegen die Folgen des Kapitalismus, und das ist die große Hauptsache. Bis sie dann darauf kommen, daß sie mit dem Ruf „Hinein ins Dritte Reich!“ politisch doch wieder in alten Reich des Kapitalismus stehen, ist es schon zu spät für sie. Die Diktatur stellt dann schon die entsprechenden politischen Schranken auf, die dafür sorgen, daß dem arbeitenden Volk kein anderer Ausweg bleibt, als dem Kapitalismus wieder in die Hände zu laufen, ihm ihr ganzes Dasein wieder zu opfern.

Der Nationalsozialismus ist die große politische List, mit der man den antikapitalistischen Instinkt der Masse physikalisch unwert für den Zweck des Kapitalismus; der politische Leitwammeln, der das besorgt und dem dann die Masse folgen soll, das ist **Hitler**!

habe die Papenregierung Geschenke gemacht. Zu bedauern sei das gespannte Verhältnis der Antipartien zueinander. Unter allen Umständen muß an der alten Kollegialität und Solidarität festgehalten werden. Durch Nacht zum Licht! Reicher Beifall beschloß die Ausführungen des Redners. Der Vorsitzende stattierte dem Referenten den Dank der Versammlung ab. Die in der Diskussion gestellten Fragen beantwortete Kollege K e n t e in seinem Schlußwort. Der Bezirksvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Es folgten die Berichte des Vorsitzenden, Kassierers und Bezirksleiterführers. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die maßgebenden Verbandsinstanzen werden aufgefordert, den Verbandsbeitrag in sozialgerechter Weise den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt festzusetzen. Es wird vorgeschlagen ein Grundbeitrag, dessen Höhe je liegt, daß Dete ohne Vorkaufschlag und Kurzarbeiter in der Lage sind, diesen zu entrichten. Zum Grundbeitrag kommt, je nach Verdiensthöhe gestaffelt, ein Sozialbeitrag zur Stärkung der Unterstützungseinrichtungen.“ Die Wahl des Ortes für den nächsten Bezirkstag wurde nach verschiedenen Vorschlägen dem Vorstand überlassen. — Am Abend fand ein geselliges Beisammeln im „Gewerkschaftshaus“ statt.

Greifling. Unser Ortsverein hielt am 8. Oktober seine dritte diesjährige Quartalsversammlung ab, die einen guten Besuch zu verzeichnen hatte. Der Vorsitzende konnte den als Referenten erschienenen zweiten Gavourorstand E b e r t (München) begrüßen, dessen Referat, „Die Gewerkschaften in der Wehr“, im Mittelpunkt der Tagesordnung stand. In zweistündigen Ausführungen streifte der Redner die Stellung der Gewerkschaften vor und nach der Revolution, die Gestaltung der Lebenshaltung und der Sozialversicherung. Sodann ging er auf die Notverordnung ein, die dadurch abgeschwächt wird, daß die Wirtschaft infolge fehlender Kaufkraft und Mangel an Aufträgen davon keinen Gebrauch machen kann. Weiter beleuchtete der Referent an Hand einiger Beispiele die Auswirkungen der Monopolkraft. Mit der Aufforderung zur Einigkeit und Geschlossenheit schloß der Referent seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der anschließenden Diskussion gab Kollege Ebert noch ausführliche Auskunft auf gestellte Anfragen.

Gera. (H a n d e h e r.) Anführung der Werbewoche der Handsekerpartie fand am 8. Oktober eine gemeinsame Versammlung mit der hiesigen Bildungsverbandsgruppe statt. Im ersten Teil des Abends be sprach Kollege K a n t e die Eingänge der Zentralkommission, dabei besonders auf die Arbeitslosenstatistiken in bezug auf die Sparten hinweisend. Bei diesen Erhebungen zeigte sich, daß die Handseker und die Pfadfinderprozentual am stärksten betroffen werden. Kollege Z i p p e l erstattete dann den Kasienbericht, der durch die noch immer zunehmende Arbeitslosigkeit der Spartenmitglieder einen weiteren Rückgang des Kassenergebnisses aufwies. Dem Kassierer wurde dann einstimmig Entlastung erteilt. Kollege W e r b o l d hat anschließend den Vortrag „Der Handseker von einst, heute und morgen.“ Weit ausföhlend, zeigte der Vortrag an interessanten Beispielen den Werdegang des Handsekers. Eine Rundsendung „Werberzählungen“ zeigte eine Fülle von täglichen Arbeiten. Im nunmehr folgenden zweiten Teil des Abends übermittelte Kollege T r a u e r m a n n vom Bildungsverband den Anwesenenden Eingänge und Mitteilungen, worauf Kollege S t ö h n e r über „Eindrücke vom Leipziger Funkmarkt“ berichtete. Auch dieser Bericht fand reges Interesse bei den Anwesenden. Anschließend wurde dann noch der Wettbewerb „Feldlinien“ besprochen. Geselliges Beisammeln des größten Teils der Versammlungsteilnehmer beschloß den gemeinsamen Abend, der Zeugnis davon ablegte, daß ein gutes Zusammenarbeiten der beiden Gruppen in Gera festzustellen ist.

Halle a. b. S. Unser Versammlung am 7. Oktober hatte guten Besuch aufzuweisen. Kollege K i e b e n s t a h l gab zunächst bekannt, daß eine Erwerbslosenversammlung am 26. September u. a. die Neuwahl des Erwerbslosenausschusses vorgenommen hat, aus welcher die Kollegen J ä n i d e und R i e d e n s t a h l hervorgehen. Die Erwerbslosenversammlung hat ferner an den Vorstandsvorstand einen Antrag eingereicht zwecks Einführung einer Unterstützung an ausgesperrte Kollegen. Nach einigen weiteren Mitteilungen referierte Kollege R ö n i g über „Organisatorisches und Tarifliches“. Er ging aus von der brutalen Auswirkung der Papenverordnung, die u. a. den Gewerkschaften die Aufforderung zum Streik und eine Zahlung von Streikunterstützung verbietet, und zerlegte weiter die Papenverordnung, die anstatt Arbeitsbeschaffung gerade das Gegenteil erwirkt. Ferner gestellte der Referent den jetzigen trassen Lohnabbau, der noch mehr dazu beiträgt, daß die deutsche Wirtschaft immer mehr dem Untergang geweiht ist. In Hand eines Kommentars zu den Notverordnungen gab Kollege R ö n i g noch einige wichtige Momente bekannt mit ihren Auswirkungen und ihren Handhabungen. Zum Schluß wies er darauf hin, daß es gerade in der Zeit jetzt notwendig ist, die Gewerkschaft zu festigen und eine einiggeschlossene Arbeiterschaft zu haben. In der Diskussion führte Kollege R a n d t aus, daß die A.P.D. kein Interesse habe an der Zerstückelung der Arbeiterorganisationen; sie wünscht und sucht in ihnen eine Kampforganisation gegen das kapitalistische Gebot. Nachdem Kollege R ö n i g ein kurzes Schlußwort erteilt hatte, kam beim folgenden Tagesordnungspunkt einstimmig zur Abstimmung, daß ein Extrabeitrag geleistet werden soll als Weihnachtsgabe an Erwerbslose. Sodann gab Kollege Z e u e r h a n den Kasienbericht vom ersten und zweiten Quartal, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Unter „Verschiedenem“ forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, in der kommenden Woche besonders tätig zu sein zur Stärkung der Gewerkschaft und zur Verbesserung der Verhältnisse der gesamten Arbeiterschaft.

Hamburg. (H a n d e h e r.) In unserer Werbewoche Versammlung am 13. Oktober begrüßte weiterer Vorsitzender S t r u n n g die erschienenen Mitglieder und Nichtmitglieder. Hierzu referierte Kollege M a z C o h n über „Die Handsekerbewegung im Verband der Deutschen Buchdrucker“. Einleitend führte dieser folgendes aus: Der minimale Prozentsatz der organisierten Handseker in ihrer Sparte gab die Veranlassung zu der von der Zentralkommission der Handseker Deutschlands veranstalteten Werbewoche vom 10. bis 15. Oktober. Die Verhältnisse zwangen

die Handsekerkollegen zum Zusammenschluß; diese mühten sich in ihrer Sparte zusammenzufinden. Die materiellen und ideellen Gründe führte er den Verammelten vor Augen. Die Frage des Materialaustausches mußte recht bald zur Erledigung kommen; denn diese trage mit die Hauptgrund an der Erwerbslosigkeit in unserm Gewerbe. Die Schriftgießer hätten infolge des Materialaustausches ebenfalls schwer zu leiden. Mit den Materialen würden den Druckereien die schönsten Schriften geliefert; zu Neubestellungen von Schriftmaterial käme es selten. Als die Handseker die stärkste Gruppe im Verband waren, hatten sie es nicht nötig, sich in einer Sparte zu organisieren; jetzt sei es aber Pflicht eines jeden Mitglied einer Vereinigung zu sein und zu werden. Die verschiedenen Verbandstage, die sich mit Spartendebatten zu beschäftigen hatten, zählte er auf. Hamburg war im Jahr 1926 die 30. Vereinigung, die gegründet wurde. Durch die Sparten kann vieles, auch für die Erwerbslosen, erreicht werden. Für alle Kollegen sei Kenntnis der Anlage A des Tarifs von allergrößter Wichtigkeit. Die Kollegen, die diese Kenntnis hätten, wüßten, was ihre Pflicht sei; auch sei es dadurch möglich, ab und zu mal einige Kollegen in den Arbeitsprozess einzuzureihen. Die jetzt von unserer Zentralkommission in Druck gegebenen Handsekerprotokolle empfahl er allen Kollegen dringlichst zur Anschaffung. Alles Wissenswerte seit Gründung der Sparten sei in diesen Protokollen enthalten. Ein gutes Spartenmitglied würde auch stets ein gutes Verbandsmitglied sein. Die Kollegen, die sagen: „Ich bin Gegner jeder Sparte“, könne nur erwidert werden, daß die Sparten ihre Berechtigung erweisen hätten. Der Referent ging dann weiter auf die Gesundheits- und Lehrlingsbestimmungen sowie auf die nächsten Tarifverhandlungen ein. Alle diese Gebiete bearbeite auch unser Zentralkommission, die sehr gut für die Gesamtkollegen wirke; ebenso sei die Zusammenarbeit der Zentrale mit unserm Verbandsvorstand die denkbar beste. Der Referent forderte dann nochmals alle uns noch fernstehenden Kollegen auf, unserer Sparte beizutreten; die Mitglieder forderte er auf, mit dem Vorstand zusammen zu werden, denn nur im engen Zusammenhänge seien Erfolge zu erringen. Die drei Diskussionen waren mit dem Referenten einig, so daß sich ein Schlußwort erübrigte. Erfolgreiche Neuaufnahmen wurden am Schluß der Versammlung erledigt.

Heide (Hollst.). In unserer sehr gut besuchten Versammlung am 8. Oktober sprach Kollege L o r e n z e n (Kiel) über „Die Auswirkungen der Papenischen Notverordnung und die Arbeiterschaft“. Nach einem kurzen allgemeinen Überblick über die Weltwirtschaftskrise und die Krise in Deutschland unterzog der Referent die Notverordnungs politik der Papenregierung einer scharfen Kritik. Er ging ein auf die unerträglichen Unterstützungsleistungen bei den Arbeitslosen und den Rentenzahlungen bei den Invaliden und Hinterbliebenen, denen jetzt nicht einmal mehr eine kümmerliche Existenzmöglichkeit geblieben sei. Des längeren beschäftigte sich der Vortragende dann mit dem September-Notverordnungen, die alles bisher auf dem Gebiet der Notverordnungen Erlebte in den Schatten gestellt habe. Sinn und Zweck der Notverordnungen sei die Entlastung der Privatwirtschaft auf Kosten des Staates, insbesondere aber auf Kosten der Arbeiterschaft, und zwar durch ungeheuerliche Steuererhöhungen, Lohnsubventionen und Lohnabbau. Nach einer Schilderung der Auswirkungen und Abwehrmaßnahmen hat der Referent zu dem Schluß, daß dieses Monstrum nicht allein am härtesten Widerstand der Arbeiterschaft, sondern auch an seiner inneren Unmöglichkeit scheitern müsse. Nach einer Befragung der Mitglieder des A.P.D. um Umbau der Wirtschaft und dem Hinweis, daß diese Wege zum Umbau vielleicht schneller begangen würden, als mancher glaube, ließ der Referent seinen Vortrag ausklingen in einem Appell zum treuen Zusammenstehen in der Organisation. Der lebhafteste Beifall der Versammlung zeugte davon, daß die Kollegen sich in vollem Umfang den Ausführungen des Referenten angeschlossen. In der schärfsten Ansprache wurde noch manches treffende Wort der Kritik geäußert, aber auch der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß beim Wiederaufstieg Verlorenes zurückzubekommen werde. In seinem Schlußwort ergänzte der Referent seine Ausführungen noch durch einige Beispiele zur Auswirkung der Notverordnung. Nachdem der Vorsitzende dem Referenten den Dank der Versammlung zum Ausdruck gebracht hatte, wurden die übrigen Tagesordnungspunkte schnell erledigt. Aus dem Kasienbericht ergab sich, daß unser kleiner Ortsverein beträchtliche Beiträge für Arbeitslose und Durchreisende aufbringt. Der Vorsitzende hob hervor, daß diese Leistungen zum größten Teil nur möglich gewesen seien, weil die Kollegen freiwillig Sonderbeiträge leisteten. Unter „Verschiedenem“ gab Kollege L o r e n z e n noch einige Ausführungen über Bau- und Verbandsangelegenheiten. Mit einem Appell zum weiteren treuen Festhalten an unsrer Organisation fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Magdeburg. Unser Versammlung am 7. Oktober war wiederum stark besucht. Im Mittelpunkt stand der Konflikt der „Magdeburger Tageszeitung“. Kollege W i k e l schloßerte das weitere Vorgehen der dort beschäftigten Kollegen. Nur dadurch, daß sich eine größere Zahl Arbeitswillige aus Berlin bereit fanden, dort zu arbeiten, mußte die Bewegung verloren gehen. Durch Verhandlungen mit dem Ortsvorstand ist es gelungen, die Belegschaft bis auf 13 Kollegen wieder in den Betrieb unterzubringen. Doch hat sich der Direktor der Firma auf Ehrenwort verpflichtet, die größte Zahl der noch fernstehenden Kollegen wieder einzustellen. Die Zukunft wird es lehren, wie viel man auf dieses Ehrenwort geben kann. Auch einige Magdeburger Kollegen fanden sich später bereit, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen, um sich auf diese Weise eine „Querdecke“ zu schaffen. Das Verhalten dieser Kollegen löste in der Versammlung großen Mißmut aus. Immer wieder wurde der Ausschluß dieser Kollegen verlangt. Ein diesbezüglicher Antrag wurde dann auch angenommen. Mit Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von der Beschlagnahme der Rotationsmaschine der kommunikativen Zeitung „Tribüne“, auf Grund eines beim Reichsgericht anhängig gemachten Strafverfahrens gegen Hochverrats. Aus demselben Anlaß mußten sich einige Kollegen dieser Druckerei durch Berliner Kriminalbeamte Hausdurchsuchungen und längerer Verböden aussetzen. Die Druckerei mußte deshalb Stilllegungsantrag stellen und die

Kollegen müssen sich dem großen Heer der Arbeitslosen anschließen. Hierzu wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige vollbesetzte Verlammlung des Ortsvereins Magdeburg im Verband der Deutschen Buchdrucker erhebt gegen die Verfestigung der Rotationsmaschine der Druckerei „Fortschritt“ im Interesse der Buchdrucker den schärfsten Protest und verlangt vom Reichsanwalt die sofortige Freigabe der Maschine.“ Trotz der Notzeit sollen auch in diesem Jahr die Arbeitslosen eine Weihnachtunterstützung erhalten und dieserhalb fand eine längere Aussprache statt. Hierzu lag außerdem ein Antrag des Vorstandes vor, der die Herabsetzung der Weihnachtunterstützung für Witwen auf 10 M. fordert und auch angenommen wurde. Von einer größeren Druckerei ging hierzu folgender Antrag ein: „Für die Weihnachtunterstützung im Ortsverein Magdeburg wird von jedem Beitragspflichtigen, der das örtliche Minimum einer Altersklasse erreicht, ein wöchentlicher Extrabeitrag erhoben. Die Höhe dieses Extrabeitrages richtet sich nach dem Verbandsvorstand ausgeführten Extrabeiträgen. Im Maximum gelangen pro Woche 1,20 M. zur Erhebung. Diese örtlichen Extrabeiträge sind für die Dauer von zehn Wochen (9. Oktober bis 17. Dezember) zu leisten.“ Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Bringt dieser Extrabeitrag auch eine starke Belastung für die Kollegen, so wurde doch von allen Sprechern zu diesem Tagesordnungspunkt betont, daß eine Unterstützung unbedingt notwendig sei, da diese Gelder den bedauernswertesten Opfern der Krise zufließen.

Meißen. Unser diesjährige Herbst-Bezirksversammlung am 16. Oktober hier stattfand, war von allen Mitgliedschaften gut besucht. Gavourorstand S a h l m a n n sprach über „Gewerkschaften — Politik und Wirtschaft“. Er warf zunächst einen Blick in die Vergangenheit und beleuchtete dann den Kampf um das „System“. Rein Schreier weiß in Wirtschaft, was das ist. Die Verzeugsstimmungen kommt gewissen Krisenparteien zugute. Und so findet die Hege gegen die Gewerkschaften — selbst unter Arbeitern — leicht Boden. Gewerkschaften und die bisherigen Regierungen werden in demagogischer Art für das heutige Elend verantwortlich gemacht. Wie sieht nun die Gewerkschaftspolitik aus? Gegner von rechts behaupten, wir wären nicht national, Gegner von links behaupten das Gegenteil. In Wirtschaft sieht die Politik der Gewerkschaften weit über dem Gesichtskreis der Schreier. Weiter wird behauptet, die Gewerkschaften hätten nichts getan. Jeder Erfolg ist von den Feinden verhindert oder heruntergerissen worden. Trimmert sie nur an die Bekämpfung des Betriebsrätegesetzes durch die Kommunisten. Jetzt stellt man sich hin und zuckt auf, die (jezt auf einmal vorhandenen) Errungenschaften der Arbeiterschaft zu verteidigen! Die Gewerkschaften haben seit Jahren praktische Vorschläge zur Bekämpfung der Krise gemacht. Keine Regierung hat sie jedoch in ihr Programm aufgenommen. Redner ging dann auf die letzte Notverordnung ein und beleuchtete kritisch die sogenannte „Friedenspolitik“ der Gewerkschaften.“ Zum Schluß seiner Ausführungen bedauerte er, daß sich ein großer Teil der Arbeiterschaft der Größe des Lebens und Inhalts des Gewerkschaftsproblems gar nicht bewußt sei, und er verzicht, die Gewerkschaften, nach einem Auspruch eines Ausländers, mit einem Regenschirm, dessen man sich erst erinnert, wenn „schlecht Wetter“ sei. Mit dem Appell, fest zur Organisation zu halten und die feindlichen Kräfte nicht die Oberhand gewinnen zu lassen, schloß Kollege Sahlmann seine einblaudrussollen Ausführungen. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß an den Verwaltungsausgaben noch mehr gespart werden könnte. Des weiteren sollte unentwegt weiter für die Biergigltundenwoche gekämpft werden; Statistiken beweisen, daß — auch in unserm Beruf — noch ein erheblicher Teil darüber hinaus arbeitet, also Einstellungsmaßnahmen befehlen.

Oberhausen (Hld.). In unserer Quartalsversammlung am 15. Oktober begrüßte der Vorsitzende S u g W e y e r die erschienenen und gab die geschäftlichen Eingänge bekannt. u. a. verschiedene Rundschreiben vom Aktionsausschuß Düsseldorf sowie vom Bezirksvorstand betreffend des Lohnkonflikts im Industrieverlag Düsseldorf. Da der Kasienbestand noch als einigermaßen gesund anzusprechen ist, wurde beschlossen, den erwerbslosen sowie den invaliden Kollegen eine einmalige Winterbeihilfe zu gewähren, und zwar in folgender Höhe: verheiratete Erwerbslose je 15 M., ledige Erwerbslose 7,50 M., Invaliden ebenfalls 7,50 M. Die in Frage kommenden Kollegen erhalten vom Ortskassierer einen Gutschein über den ihnen zugeachteten Betrag und können diesen beim Konsumverein gegen Einkaufsstoffen oder sonstige Lebensmittel einlösen. Für anwesende erwerbslose Kollegen wurde eine Marktbesprechung bewilligt. Nach Entgegennahme des Kartellbezirks letzte eine lebhafteste Aussprache über die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe ein. Zum Schluß freifte der Vorsitzende noch die bevorstehende Reichstagswahl und appellierte an die Anwesenden, ihrer Pflicht am Wahltag so nachzukommen, wie es sich für einen freien Gewerkschaftler gebühre. In die in der Versammlung aufsteigende Liebe der „Elernen Front“ trug sich eine weitere Anzahl von Kollegen ein.

Ol. Sonneberg i. Th. Am 8. Oktober konnte unser Ortsverein in seinem 25. Geburtstagsbegehen. Dies war der Anlaß zu einer feierlichen, aber würdigen Feier. Der Saal des „Vollsauses“ war prächtig geschmückt. Der Einladung des Vorstandes waren, gleichsam als Treuebeweis zur Organisation, fast alle Kollegen gefolgt. U. a. sehr viele Bezirkskollegen nebst Frauen von Koburg. Ein reichhaltiges und gut ausgestattetes Programm bot den feierlichern angenehme Stunden der Unterhaltung. Unter den flokten Klängen von Mitgliedern der Stadtkapelle und den prächtig zu Gehör gebrachten Gesangsvoertzen des Kollegen R ö t h e r (Neustadt) vergingen die Stunden nur zu schnell. Einen gut verfaßten Prolog brachte ein Jungbuchdrucker wirkungsvoll zum Vortrag. Vorsitzender S. D ö b e r i c h brachte in seiner eindrudrussollen Begrüßungsrede all das zum Ausdruck, was der Kollegengeist Herzengesehnt ist. Aus seinem Rückblick auf die verflochtenen 25 Jahre kam die Bedeutung der ideellen Arbeit zum Ausdruck. Neun organisierte Buchdrucker waren es, die im Oktober 1907 bei der gleichzeitigen Gründung des „Führerlig Volksfreundes“ zum Zusammenhänge in einem Ortsverein drängten. Von den Gründern ist nur noch ein Kollege am

Ort. Erwähnt sei, daß Kollege Barth, unser jehiger zweiter Verbandsvorsitzender, im Gründungsjahr hier fonditionierte. Harte Zeiten mußten überdauern werden, doch unaufhaltsamer Aufbau war das Zeichen des Ortsvereins. In unermüdbarer Organisationsarbeit konnte mancher Erfolg für die Kollegenschaft erzielt werden. Der Vorsitzende hob die Verdienste einiger Kollegen hervor, die die Kollegenschaft zumankommen und gedachte der im Weltkrieg gefallenen Lieben und der in der Nachkriegszeit verstorbenen drei Mitglieder. Heute zählt unser Ortsverein 63 Mitglieder mit 14 Lehrlingen, worunter sich drei Jubilare befinden. Namens des Gaus Thüringen gedachte Gausvorsitzender Wislaug in seiner Festrede des jubelierenden Vereins und sprach den Wunsch aus, daß das gute Einvernehmen der Kollegenschaft weiter bestehen möge. Die begeistert aufgenommene Rede war ein Bekenntnis zum Organisationsgedanken der vergangenen Jahre, in denen das große Werk der Buchdrucker, der Verband, wie wir ihn heute sehen, geschaffen wurde. In seinem Schlußwort forderte er auf, auch für später im treuen Zusammenhalten die Kollegialität zu pflegen, denn jede Zerplitterung sei Verfall an uns selbst. Anschließend wurde zwei Jubilaren eine künstlerisch ausgestattete Gedenkurne überreicht. Zusammen mit dem dritten Jubilare, der über 25 Jahre dem Verband angehört, erhielt jeder eine silberne Anstecknadel (S. b. D. V.). Weiter wurden zwei Einotzspeiser für 25-jährige ununterbrochene Tätigkeit an der Maschine mit Messingstein besetzt, die von der Wertgenossenschaft-Gewerkschaft gestiftet worden waren. Nunmehr begann der Reigen der Gratulationen. Verselben wurden Glückwunschscheiben des Kollegen Barth (Berlin) sowie der Bezirksvereine Weimingen, Hildburghausen und Steinach. Persönliche Glückwünsche wurden übermittelt vom Bezirks- und Ortsverein Koburg, vom ADGB, und vom AV-Bund sowie von der Sozialdemokratischen Partei. Kollege Dörich dankte im Namen des Vereins für alle diese Glückwünsche. Nach Ablauf des in allen Teilen wohlgegangenen Programms wurde dem Tanz von alt und jung in ausgiebiger Weise geschildigt. Nebenbei gingen eine Verlosung von Geschenken und das übliche Quadräteln vom Stapel. Abschließend rüdte die Feierabendstunde heran. Die Koburger Kollegen verweilten bis zum Schluß und benutzten zur Heimfahrt wieder einen Autobus.

Stuttgart. In einer fast restlos besuchten Vertrauensmännerversammlung am 13. Oktober berichtete Kollege Klein über Ausschluß, Austritt, Bestrafung wegen Teilnahme an politischen Umtrieben der Nazis während Krankengeldbezug, Verlegung unseres Arbeitsnachweises zum Stuttgarter Arbeitsamt am 15. Oktober und der Anstellung eines Berufskollegen als Fachvermittler und über den derzeitigen Stand des Gewerkschaftsneubaus usw. Mit dem ersten Tagesordnungspunkt wurde der dritte: „Was kann für die Ausgesteuerten geschehen?“, verknüpft. Am gangbare Wege zu finden bzw. zu zeigen, wie unsere ausgesetzten Kollegen zu Weihnachten Freude und eine kleine Hilfe bereitet werden kann, wurde diese Frage in dieser Versammlung besprochen. Extrabeträge kommen nicht in Frage. Wir werden wohl wie im letzten Jahr, wo durch freiwillige Sammlung rund 7000 M. von der Gesamtkollegenchaft im Gau aufgebracht worden sind, auf die freiwillige Notlinderung zurückkommen und an die Gebefredigkeit und Solidarität in unseren Kreisen Ruf ergehen lassen. Ein reichlich schwerwiegendes Beispiel fand ebenfalls Erwähnung, der ins uferlose fühlende Invalidenstand. Dieser heißt Werner. Opfer, die auf die Dauer unsere ganze reichlichen Grundlagen und finanziellen Mitteln über den haufen weßen und aufzehren. Der nächste Tagesordnungspunkt wird hier eine tragbare Regelung finden müssen, denn die heutige Beitragshöhe kann keine Steigerung erfahren. Die Ansprache ergab Zustimmung zur Einleitung einer freiwilligen Weihnachtsammlung. Ein Kollege äußerte den Wunsch, alle Kollegen, die noch 40 bis 48 Stunden arbeiten, sollten mindestens einen Wochenbeitrag in Höhe von rund 3 M. zu diesem Zweck abführen. Frühzeitige Ausgabe der Sammelkisten ermöglichte dann den Kollegen, durch tatenweise Bezahlung diese Schmerztöser zu gestalten. Der Vorsitzende gab hierzu seine Zustimmung. Ein kommunikativer Eieranzug durch Hinweis auf die vorliegende Tagesordnung sein Ende. Ein Kollege fragte an, was seitens des ADGB, zur Einführung der Bierjagttundenwoche in den eigenen Untern getan worden sei? Im Schlußwort gab hierauf der Referent Antwort. Er richtete an alle noch in Arbeit stehenden Kollegen die herzliche Bitte, alles zu tun, um unsern arbeitslosen Kollegen ihr hartes Los wenigstens an Weihnachten leichter tragen zu lassen. Ein Kollege will auf Umwegen erfahren haben, daß unsere Unternehmer zu diesem guten Zweck ebenfalls beizutreten wollten. (!?) Uns sollte dies freuen. Zum zweiten Punkt berichtete ebenfalls Kollege Klein in über „Notverordnung und gemeinliche Lage“. Die Anturberlungsgeste derer um Papen hat sich in Württemberg in unserm Gewerbe bis heute negativ ausgewirkt. Daß die Streikauslegungsklausel im Notverordnungsmaßverlaß Fußangeln und Nachteile für die Arbeiter bringt, war zu erwarten. Gutes für die Arbeiter erhoffte wohl niemand von diesem Feudalkabinet. Zeitungsverbote, die nur unser Gewerbe treffen, haben nur so nieder, wie modige Pfäumen vom kranken Baum. Der Referent verlangte über jede Änderung im Notverordnungsmaß Meldung auf der Geschäftsstelle und Unterlassung eigenmächtiger Handlungen, um beschädigte Schädigungen der Gewerkschaften von vornherein wirkungslos zu machen. Der Ausgang der Königsberger Schadenseinlage mahnt zur Vorsicht. Was bei und durch die Haltung gefährdeter Betriebe herauspringe, muß abgemindert werden. Kamn Gutes. Bei der Ansprache setzte gerade das ein, was nicht sein sollte. Statt sachlich zu beraten und unsere Interessen zu wahren, kam der oben schon erwähnte Eieranzug mit parteipolitischen Sprüchen. Wortentzug gegen vier Stimmen war sein „Erfolg“. Kollege Gegenberger machte einige Richtlinien zu einem Artikel in der ADGB-Zeitung, die die Wahrheit im Sinne Moskaus „vertritt“. Wohl auf Einflüsteren eines seinem Betrieb angehörenden Kommunisten, der bei der letzten Hilfsarbeiterbewegung eine mehr als arnifelige Rolle spielte, brachte die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ einen Nachtopfaktartikel. Den durch die Mitwirkung von dem Verbandsvorstand und unsern Kollegen als Vorsitzenden des Betriebsrats erzwungenen 100prozentigen Erfolg verstauchte das genannte Blatt in eine schwere Nieder-

lage umzumünzen. Dieser Ausgang wäre sicher eingetreten, wenn die ADGB-Betriebsräte nicht rechtzeitig ausgeschaltet worden wäre. Ein anderer Kollege will sich mit der Bierjagttundenwoche zufriedengeben, wenn dafür 48 Stunden bezahlt werden. Durch eine solche Maßnahme würde die Kaufkraft am sichersten und raschesten hergestellt und damit die Wirtschaft angeleitet. Ein weiterer Redner klärte seinen Redner dahin auf, daß tatsächliche Fragen und Lohnausgleich zwei verschiedene Dinge seien. Solche Forderungen könnten nicht zum Angelpunkt der Gewerkschaftsarbeit gemacht werden. Die Gewerkschaften hätten allen Grund, der Arbeitslosigkeit zu wehren. Im kurzen Schlußwort gab Kollege Klein noch diverse Aufklärung. Er wies auch auf die Werbewege der Handwerkerparte hin und wünschte dieser Erfolg.

Wilsberg. Unsere Verammlung vom 8. Oktober hatte einen zufriedenstellenden Verlauf aufzuweisen. Unser „Mitteltungen“ berichtete der Vorsitzende, daß der hiesige Polstechnische Zentralverein in diesem Winter Fortbildungskurse für arbeitslose junge Arbeiter und Lehrlinge einrichtet. Von uns soll verjucht werden, mit Hilfe unserer Fachschule praktische Unterrichtsstunde einzurichten. Am unsern arbeitslosen und ausgesetzten Kollegen auch dieses Jahr zu Weihnachten durch eine Extrazustellung ein paar lichtfrohe Festtage gewähren zu können, werden Sammelkisten unter den in Arbeit stehenden Kollegen in Umlauf gesetzt; die Ortsstufe wird ebenfalls einen namhaften Betrag zusteuern. Den Haupttagesordnungspunkt: „Die Arbeiterchaft im Kampfe für Freiheit und sozialen Fortschritt“, hatte in Lebenswürdig Weise Kollege Kraft (Mannheim) übernommen, und er entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Dem Vortrag waren die Worte des von Mussolinischen Sergeen hingemordeten italienischen Arbeiterführers Matteotti: „Die Freiheit ist wie Luft und Sonne; man muß sie erst verlieren, um zu wissen, was sie bedeutet!“, als Motto vorangestellt. Der Redner schilderte dann eingehend den Kampf, den die Arbeiterchaft um ihre Grundrechte führen muß und erklärte, nichts wäre tröstlicher als die Annahme, die Gewerkschaften seien jetzt überflüssig geworden. Die gesellschaftliche Anerkennung der Tarifverträge und die volle Gewährleistung der Koalitionsfreiheit nach der Revolution sei ein ausschließliches Verdienst der Gewerkschaften und der in letzter Zeit so vielfach geschmähten Arbeiterführer. Bildet eines jeden freischichtigen geknimmten Arbeiters muß es sein, diese erpämpfte Position mit allen Nachtmitteln zu verteidigen. Es sei ein schwerer Existenzkampf, den wir zu führen haben, und von der Stärke der Gewerkschaften hängt es ab, wie der Ausgang ist. Deshalb hinweg mit jeder Kleinigkeit Nörgerei! Nur in der Einigkeit und Geschlossenheit liegt unsre Macht. Er verbeistete sich dann ausführlich über die Maßnahmen der Regierung von Hermann Müller über Bränning bis Papen und wie diese aus Kuber gekommen. Der Regierung Papen blieb es vorbehalten, an der Unabhängigkeit der Tarife und an dem Arbeitsrecht zu rütteln. Sie habe es sich zur Hauptaufgabe gemacht, den „Wohlfahrtsstaat“ abzubauen mit der Auswirkung, daß jetzt die Unternehmer und Agrarier die eigentlichen „Wohlfahrtsempfänger“ sind. Für alle Hand- und Kropfarbeiter sei es die höchste Zeit, daß sie sich auf ihre Macht besinnen und sich nicht von einer kleinen Zerkentante diktatorisch niederdrücken lassen. Das Erwachen der Wähler würde sich katastrophal auswirken, wenn diese wirtschaftliche Fühlerei der jetzigen Regierungen noch länger so gehen würde. Nicht dadurch, daß man den Besitzenden aus Allgemeinmitleid für ihre Unfähigkeit noch extra belohnt, sondern nur durch Erfüllung der Forderungen des ADGB, ist ein Wiederaufstieg möglich. Nicht politischer Überradikalismus und Diktatur, sondern wahre Demokratie, die den Staat bejahet und reorganisiert, muß die Arbeiterchaft erfüllen und dafür muß sie ihre ganze Kraft einsetzen. An diese mit großem Beifall aufgenommenen, in jeder Beziehung formvollendeten Ausführungen schloß sich eine kleine Ansprache an. Es war dem Kollegen Kraft ein leichtes, in dem ihm eigenen kameradschaftlichen Ton die gemachten Ausführungen zu widerlegen und auch sein Schlußwort noch zu einem belehrenden Vortrag auszugestalten.

Allgemeine Rundschau

Das Gegenteil der Wirtschaftsunterbelung. Die im Jahr 1837 von Christian Bernhard Tauchnitz in Leipzig gegründete bekannte Verlagshandlung mit eigener Druckerei soll, wie der „Leipziger Volkszeitung“ mitgeteilt wurde, vor der Vollendung ihres hundertjährigen Bestehens eine unwägliche Veränderung erfahren. Die Geschäftsleitung der Firma Tauchnitz glaubt, die Wirtschaft damit antreiben zu sollen, daß sie die seit der Gründung des Verlags angegliederte Druckerei völlig zum Stillstand bringt. Durch diese Stilllegung werden 60 Arbeiter erwerbslos. Die Firma begründet ihre Maßnahmen mit der Verbilligung der Buchproduktion. Die bisherigen Druckaufträge des Verlags sollen für die Zukunft, unter den Herstellungskosten des eignen Betriebs, in andern Buchdruckereien ausgeführt werden. Aber 96 Jahre hat die Druckerei für den Verlag nutzbringend gearbeitet, und nunmehr soll die Unrentabilität die Ursache zur völligen Stilllegung sein. Der Betriebsrat sowie die Belegschaft können dieser Argumentation nicht folgen und sind vom Gegenteil überzeugt. Die vor dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium geführten Verhandlungen zur Erhaltung des Buchdruckereibetriebs haben keinen Erfolg gesetzt. Die Betriebsvertretung hat nunmehr den Versuch unternommen, mit den eigentlichen Inhabern der Firma Tauchnitz in Verbindung zu treten und glaubt unter Vorlegung einer gut ausgearbeiteten Rentabilitätsaufstellung diese zur Weiterführung des Buchdruckereibetriebs bewegen zu können.

Ein trauriges Zeichen der Zeit. Unter den heutigen schlimmen Erwerbsverhältnissen sind auf dem Gebiet von Stellenangeboten leider auch im Buchdruckergewerbe Vorgänge zu verzeichnen, die geradezu empörend sind für jeden Kollegen, der die Aufrechterhaltung tariflicher Ordnung und die Beachtung organisatorischer Grundzüge als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Bei allem Verständnis für die schwere Wirtschaftsnote mit ihrer riesigen Arbeitslosigkeit, unter der die Jugendlichen am stärksten zu leiden haben, ist es aber dennoch nicht zu entschuldigen, wenn junge Berufsgenossen das mit Füßen treten, was in jahre-

zehntelanger zäher und mühevoller Aufbauarbeit geschaffen worden ist. In dieser Beziehung haben wir heute wieder eine bedauerliche Tatsache zu verzeichnen. Vor uns liegt das Original eines Bewerbungsverfahrens, das an einen Provinzbetrieb gerichtet wurde, dessen Inhaber jedoch auf die Einstellung des betreffenden „Arbeitsverbes“ verzichtete. Wie aus Form und Inhalt geschlossen werden kann, ist das entwürdigende Bewerbungsverfahren auf eine größere Anzahl Provinzzeitungen fesseligen worden. Es hat folgenden Wortlaut:

Mittweida, am 19. 10. 1932.
Sehr geehrter Herr Verlagsleiter!
Von dem Blatte befehle, aus dem enacren Kreis der Heimat herauszukommen und neue Arbeitsmitarbeiter kennen zu lernen, erlaube ich mir die ergebene Anfrage, ob jetzt oder später in Ihrem geschätzten Vertriebe eine Stelle an befehlen ist. — Ich bin 20 Jahre alt, als Schmelzbecken anschuldet und gegenwärtig als Stille des Gießes in einer kleineren Tageszeitung beschäftigt. Als moderner Interaten-Worker und Arbeitsleiter sowie funktionierender Einzelhandelsverkäufer bin ich an selbständiges Arbeiten und Tätigkeiten gewöhnt. Ferner besitze ich Erfahrung in der Maschinenreparatur und im Metallbau. Auch als Stadtkundener arbeite ich nebenbei mit gutem Erfolge. — Da ich durch lobtanzendes Selbststudium mein Wissen nach allen Seiten hin erweitert und vertieft habe und mein höchstes Ziel der Eintritt in die Redaktion ist, wäre es vielleicht möglich, daß mir in der befehligen Belegenheit geboten würde, mich in diesem Maße einzusetzen. — Meine Wohnansprüche sind gering (S. M. wohnortlich), denn es kommt mir sehr auf den idealen Wert der Stellung an. — Sehr gute Arbeits- und Schulzeugnisse sind vorhanden und werden auf Wunsch eingeleitet. — Ich bitte Sie herzlich, geben Sie einen vorwärtsstrebenden Junghandwerker eine Chance; er wird es durch doppelten Fleiß und treue Pflichterfüllung vergelten. — Einem Antwortschreiben entgegengekehrt, zeichne mit vorzüglicher Hochachtung
H. S. Mittweida 1. Z. Neuenfeld 20.
Kleinbild und Bildvortro liegen bei

Erfahrungsgläufig führen derartige überflüssige Anforderungen nur höchst selten zum gewünschten Ziel. Auch in diesem Fall ist es so gewesen. Für den Schreiber, der übrigens noch in voller Beschäftigung steht, möge das eine heilsame Lehre sein. Wer so wie er glaubt, auf Kosten seiner jugendlichen Schicksalsgenossen berufliche Möglichkeiten treiben zu können, hat sich die Abtötung der Kollegenschaft verdient!

Vom Zeitungsvertriebschauspiel. Vom kommissarischen Regierungspräsidenten im Landesteil Birkenfeld wurde der sozialdemokratische „Wahstalt-Vote“ auf 14 Tage verboten. Er soll den eingekerkerten Nazimissionarismus wild verächtlich gemacht haben. — Nach einer Fiktionserhebung in Schworn wurde auf die dortige Geschäftsstelle des sozialdemokratischen Organs „Das freie Wort“ wiederum ein Verbot verhängt, und zwar zum sechsten Mal.

Steigende Einnahmen für die Sozialversicherung. Die Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung sind nach den vorläufigen Feststellungen von etwa 51,3 Mill. M. im Juli auf 52,2 Millionen im August und auf 55,1 Millionen im September gestiegen. Die Septembererinnahme liegt damit rund 3 Mill. M. über dem bisherigen monatlichen Jahresdurchschnitt. Die Beitragseinnahmen der Angestelltenversicherung liegen von 22,1 Millionen im Juli auf 22,7 Millionen im August und auf 23,3 Mill. M. im September. Die Beitragseinnahmen in der Arbeitslosenversicherung betragen im Juli 84,8 Millionen, im August 86 Millionen und im September 84,9 Mill. M. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erbrachte im Juli 4,1 Millionen, im August 3,1 Millionen und im September 4,6 Mill. M.

Behebung des allgemeinen Beschäftigungsstandes? Das Institut für Konjunkturforschung stellte in seinem letzten Wochenbericht fest, daß die Beschäftigung der Industrie im September etwas gestiegen ist, während sie in den letzten Jahren von August auf September stets zurückgegangen war. Die Zunahme der Beschäftigung sei zwar gering und habe nicht alle Industriebetriebe gleichmäßig erfaßt. Sie bedeute aber gegenüber den Zeiten sprunghaftem Rückgangs der Beschäftigung einen bemerkenswerten Fortschritt. Das Institut macht allerdings in bezug auf die künftige Gestaltung der Beschäftigung eine sehr vorsichtige Einschränkung, indem es die Möglichkeit offen läßt, daß „diese Behebung in den kommenden Monaten auf den Widerstand der Saisonbewegung stoßen wird“. Nach Auffassung des Instituts für Konjunkturforschung gehen „die ersten Anzeichen einer konjunkturellen Behebung“ auf zwei Ursachenkomplexe zurück: einmal auf die Anregungen, die der Produktionswirtschaft von der größeren Widerstandskraft der Rohstoffmärkte zuteil geworden sind, und zweitens auf die Wirkungen der Verbordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932, die am 15. September in Kraft getreten ist. Als Hauptursache wird das Ansteigen der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten angesehen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Wie direkte Meldungen belegen, ist die amerikanische Arbeitslosigkeit in letzter Zeit etwas zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um 560 000 auf 11 Millionen gesunken und hat damit den Stand des letzten Frühjahrs erreicht. In Gewerkschaftskreisen hegt man die Hoffnung, daß die Arbeitslosigkeit weiter abnimmt. Immerhin sind Rückschläge in dem bevorstehenden Winter nicht ausgeschlossen.

Reichstag und Sozialhilfe. Auf ein paar Mandate mehr oder weniger kommt es nicht an? Im Gegenteil! Die sozialen Kämpfe werden entscheidend beeinflusst von der Stärke der politischen Vertretung der Arbeiterchaft. Das beweisen die folgenden paar Zeilen.

Ein Facharbeiter erhält im Reichsbuchschneitt

an tariflichem Stundenlohn	an Arbeitslosenunterstützung
1924 70 Pf.	etwa 6 M. pro Woche
1929 103 Pf.	etwa 20 M. pro Woche
1932 80 Pf.	etwa 9 M. pro Woche

Im Deutschen Reichstag saßen

SPD.	KPD.	NSDAP.	Abgeordnete	Abgeordnete	Abgeordnete
1924 100	62	22			
1929 153	81	20			
1932 133	84	22			

Mit der Zunahme der Mandatszahl stiel der Lohn und die Arbeitslosenunterstützung. Das Unternehmertum hat die

